Bekanntmachung des Reichsministers des Innern in ihren landesgesetzlichen Blättern abdrucken und so zur Kenntnis der Gemeindebehörden bringen. Die Eintragungslisten für das Volksbegehren sind dann von den Gemeindebehörden auszulegen.

Die gesamten Verwaltungskosten für ein solches Volksbegehren (Bekanntmachung, Auslegung der Listen usw.) trägt das Reich. Die Antragsteller haben lediglich für den Druck und die Versendung der Eintragungslisten an die Gemeindebehörden zu sorgen und dafür auch die Kosten aufzubringen, die etwa 20 000 Mark betragen werden. Der Reichswahlausschuß sammelt die Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen und stellt das Eintragungsergebnis im Reich fest, das vom Reichswahlleiter im Reichsanzeiger zu veröffentlichen ist. Für das Eintragungsverfahren gelten im einzelnen die allgemeinen Vorschriften über die Abstimmungsleiter, Abstimmungsausschüsse, Reichswahlleiter und Reichswahlausschuß.

Wird ein Volksbegehren von mehr als einem Zehntel der stimmberechtigten Wähler unterzeichnet, so hat die Reichsregierung den begehrten Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen. Nimmt der Reichstag diesen Gesetzentwurf unverändert an, so ist das Begehren erledigt, lehnt er ihn ab und beschließt einen anderen Gesetzentwurf, so sind beide Entwürfe dem Volksentscheid zu unterbreiten.

Diese Bestimmungen über den Volksentscheid zeigen also, daß es die deutsche Arbeiterklasse durchaus in der Hand hat, den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser anzuwenden. Natürlich ist dabei — wie bei jeder Aktion — eine ernste Kraftanstrengung erforderlich, da die Bestimmung, daß sich jeder Unterstützende des Volksbegehrens öffentlich schriftlich eintragen muß und auch bei dem Volksentscheid die Abstimmung öffentlich ist, ohne Zweifel entgegnend wirkt. Es kommt hinzu, daß viele Länder und Gemeinden die Aktion durchaus sabotieren werden, daß sie, wie kürzlich in Mecklenburg, auch in großen Gemeinden und Städten nur eine Eintragungsliste auflegen, so daß die Eintragungswilligen gezwungen sind, stundenlang zu laufen, um sich in die Liste einzutragen. Gegen diese Sabotage muß von vornherein der zäheste Kampf geführt werden.

Würden SPD. und ADGB. und die ihnen nahestehenden Organisationen (Reichsbanner, Kriegsbeschädigte, Pieper usw.) gemeinsam mit der KPD. eine Volksentscheidungskampagne durchführen, so wäre es ein leichtes, diese Schwierigkeiten zu überwinden, dann wäre es auch leicht, die Werbekosten aufzubringen.

Lehnen diese Organisationen den gemeinsamen Schritt ab, so wird die KPD. mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern und Mittelschichten, die sich ihr ohne Zweifel anschließen werden, diesen Kampf im Interesse aller Ausgebeuteten durchführen.

Volksentscheid — koste es was es wolle!

Die Zwickauer SPD.-Funktionäre gegen Große Koalition und Fürstenabfindung.

Das „Sächsische Volksblatt", Zwickau, bringt am 7. Januar einen Bericht über das Referat Böchels vor den Zwickauer SPD.-Funktionären am 6. Januar, in dessen Anschluß zwei Resolutionen angenommen wurden, die wir schon veröffentlicht haben.

Wir drucken hier den Bericht über das Referat im Auszug ab, weil es am deutlichsten die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter widerspiegelt:

„Er behandelt die Frage stärker von grundsätzlicher Seite, als von Gesichtspunkten der Tagespolitik aus, und er hat es verstanden, die verderbliche Wirkung für die Arbeiterschaft aufzuzeigen, die die Koalitionspolitik so wie sie bisher von der deutschen Sozialdemokratie getrieben wurde, gehabt hat. . . .

Viel krasser noch sei heute der Klassencharakter des Staates als früher hervorgekehrt. Reichswehr, Schule und Justiz seien sprechende Beispiele dafür; Hindenburg als Reichspräsident und Geßler als Minister der Wehrmacht erhellen es noch deutlicher. Die republikanische Staatsform sei in den Händen der Bourgeoisie zu einem Mittel der Unterdrückung der Arbeiterschaft geworden. Und wie in der Politik, so sei es auch in der Wirtschaft. Gibt es in ihr auch nur eine Form, die die Arbeiterschaft bejahen könnte? . . .

Heute muß man erkennen, daß dieser Weg falsch und daß man bemüht war, den Ast abzusägen, auf dem man saß. **Politik und Wirtschaft in dieser Republik richten sich überall gegen die Arbeiterschaft.** Will man jedoch der Frage einer Koalition mit bürgerlichen Parteien näintreten, so sei wichtigste Voraussetzung die Erfüllung der Forderung, daß in die Amtsstuben, die Schulen, Universitäten und Justizpaläste Sozialisten und Republikaner in einer Stärke einziehen, die der Stärke der Arbeiterklasse entspricht. Dieses Zugeständnis zu erfüllen aber wird keine bürgerliche Partei bereit sein. Mit Kompromissen kompromittieren wir unsere Sache. Bisher sind wir jedesmal aus einer **Koalition mit einer gewaltigen Verminderung unserer Macht herausgegangen.** . . . .

Durch die Tatsache, daß sozialdemokratische Minister gemeinsam mit Ministern bürgerlicher Parteien in einem Kabinett sitzen, wird vom Bürgertum der Kampf gegen die Arbeiterschaft nur noch schärfer und rücksichtsloser geführt, denn nun kann man ja die Verantwortung den sozialdemokratischen Ministern aufbürden, die man zu Konzessionen und zu Handlungen zwingt, die die Masse der Arbeiterschaft nicht immer verstehen wird; viele der Arbeiter, die gefühlsmäßig zu unserer Sache stehen, werden der Partei entfremdet — und die Absicht des Bürgertums ist erreicht. Typisch ist, was 1923 geschah. Während man die Reaktion in Bayern ungeschoren ließ, ging die Große Koalition der Regierung Stresemanns mit einem ganz gemeinen Verfassungsbruch gegen die mitteldeutschen sozialistischen Inseln Sachsen und Thüringen vor . . . Nicht das ist schon Macht, daß wir drei oder vier Ministersessel haben; entscheidend ist, daß unsere Leute in den Ämtern und Regierungen als **Vertrauensleute des Proletariats** sitzen und in jeder Stunde und in jeder Minute bemüht sind, im **sozialistischen Geiste** zu wirken. . . . . .

Zur Frage der **Fürstenentschädigung** betonte Genosse Böchel, daß **nach dem Gesetz die ehemaligen Herrscher als Deserteure ihr Vermögen restlos verloren haben müßten.** Es treibe einem die Schamröte ins Gesicht, wenn man heute von einem „Vergleich" reden wolle. . . . .

Die Partei müsse den Volksentscheid gegen die Ausplünderung des deutschen Volkes in die Wege leiten — koste es, was es wolle! . . . .

Wenn man nun fragt, was werden solle, so sage ich: wenn der Gegner die Kräfte zu ihrer Verwirklichung hätte, würde er sie auch in der Regierungsform der Großen Koalition rücksichtslos anwenden. Der Sozialismus wird nicht in den Amtsstuben, nein, er wird in den Massen des Volkes erkämpft, ist mit ihnen verwachsen. Wenn einst der Tag der Kampf kommt, wird die Partei, werden die Massen zusammengeschweißt sein. Dann werden wir stark werden, und es wird vorwärts gehen! (Lebhafter Beifall.)"

Gegen das Massenelend der Erwerbslosen

Kommunistische Anträge im Preußischen Landtage

Berlin, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags hat zwei Anträge zur Behebung der Not der Erwerbslosen eingebracht. Der erste Antrag fordert:

Beschaffung von Arbeit für alle Erwerbslosen, Wiederaufnahme stillgelegter lebenswichtiger Betriebe unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften, Verbot weiterer Betriebsstillegungen;

gesetzliche Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Pflichtarbeitszeit für alle Staats- und Privatbetriebe, für gesundheitsschädliche Betriebe (Bergbau, Chemie), Festsetzung der Siebenstundenschicht;

restlose Beseitigung der Pflichtarbeit für die Erwerbslosen;

Erhöhung der laufenden Unterstützungssätze um 50 Proz.;

Zahlung der Unterstützung vom 1. Tag ab an alle Erwerbslose für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit;

Zahlung der Unterstützung an Kurzarbeiter für die ganze Zeit ihrer Feierschichten.

Der zweite Antrag verlangt:

für alle verheirateten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 Mk., sowie für jedes Familienmitglied 10 Mk. in bar und für unverheiratete Erwerbslose 50 Mk.;

Erstattung der Miete für alle Erwerbslosen;

ausreichende Belieferung mit Brennmaterial und Kartoffeln;

Bereitstellung von Milch an die Kinder der Erwerbslosen für zwei Jahren 1 Liter, von zwei bis sechs Jahren ½ Liter täglich;

sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten (Flußregulierungen, Kanalbauten usw.);

ausreichende finanzielle Beihilfe an Kommunen für Notstandsarbeiten (Verkehrseinrichtungen, Wohnungsbau, Straßenbau usw.).

Sozialdemokrat Bergemann billigt die Terrormaßnahmen der Unternehmer

Kleve, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die vom sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf genehmigte Stillegung der großen Kleve Schuhfabriken, durch die fast 4000 Personen auf die geringe Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind, stellt sich jetzt als eine offensichtliche Terrormaßnahme der Schuhfabrikanten heraus.

Den Arbeitern wurde Bescheid zugestellt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten, wenn sie mit einem Lohnabbau von 30 Prozent für alle Lohn- und Akkordsätze einverstanden wären und in die Verlängerung der Arbeitszeit einwilligen.

Der politische Hintergrund der Budapester Fälscheraffäre

Der Budapester Riesenskandal, der sich im Zusammenhang mit der Geldfälscheraffäre entwickelt, nimmt immer mehr politischen Charakter an. In der herrschenden Klasse Ungarns stehen sich zwei Gruppen gegenüber, der feudale Großadel und die faschistischen Banden. Der ungarische Hochadel war seinerzeit gern damit einverstanden, daß die faschistischen Terrortruppen, bestehend aus ehemaligen Offizieren und sonstigen Abenteurern, die Bauern und Arbeiter niederschlugen. Aber im Laufe der letzten Jahre hat sich der Gegensatz zwischen beiden Gruppierungen immer mehr vergrößert. Der Hochadel hält sich für stark genug, um allein eine konservative Regierung aufrecht zu erhalten. Die Großgrundbesitzer wollen die radikale faschistische Demagogie nicht haben. Denn der Faschismus kann durch Aufrüttelung der Mittelschichten unter Umständen auch den Bestand des Staates in neue Unruhen stürzen. Die Interessen der Großgrundbesitzer vertritt der Ministerpräsident Graf Bethlen und seine Parlamentsmehrheit. Die Faschisten nennen sich in Ungarn Rassenschutzpartei. Der Reichsverweser Horthy sympathisiert mehr mit den Faschisten. Es scheint nun, daß die Faschisten einen neuen Putsch vorbereiteten, um den Grafen Bethlen zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Dabei sollte ein Habsburger Prinz, der den Rassenschutzleuten nahesteht, Erzherzog Albrecht, zum König proklamiert werden. Die übrigen Prinzen des Hauses Habsburg stehen auf Seite der Großgrundbesitzer und des Grafen Bethlen. Sollte jetzt in Ungarn die Königsfrage aufgerollt werden, so ist es möglich, daß die Feudalpartei auch einen Prätendenten aufstellt, nämlich Erzherzog Otto, den Sohn des Kaisers Karl.

Die riesigen Geldfälschungen sollten offenbar die Kasse der Rassenschutzpartei auffüllen, um den kommenden Putsch zu erleichtern. So erklärt es sich, daß Graf Bethlen, der Ministerpräsident die Gelegenheit ausnützt, um die Faschistenpartei zu blamieren und den drohenden Putsch auf das kriminelle Gebiet abzulenken. Die ungarischen Sozialdemokraten sehen in Bethlen das kleinere Uebel und unterstützen die Feudalherren gegen die Faschisten! Für die Masse der ungarischen Arbeiter und Bauern ist es ziemlich gleich, ob der weiße Terror im Namen von Horthy, von Bethlen oder irgend eines Habsburgers ausgeübt wird. Das werktätige Volk Ungarns kann sich nur auf die eigene Kraft verlassen und die Zerrüttung im Lager der herrschenden Schichten gebührend ausnutzen.

Bisher 25 Millionen Falschgeld

Nach den neuesten Meldungen aus Budapest scheint es immer mehr festzustehen, daß Windisch-Grätz und Kadosity die Hauptschuldigen an dem Banknotenschwindel sind. Die Genannten hatten sich mit dem früheren Major Gerö zusammengetan, um ihr zu veranlassen, die Herstellung der Noten zu leiten. Nach längerer Aussprache konnte Gerö überredet werden und nahm mit verschiedenen Angestellten des kartographischen Instituts im Keller dieser Behörde die Fälschungen vor.

Im ganzen handelt es sich um 25 Millionen, die an falschen Werten verausgabt worden sind. Man stellte täglich etwa 500 bis 600 Stück der Noten her, um möglichst gute Exemplare zu bekommen.

Die Arbeit dauerte einige Monate. Es handelt sich um 25 000 Stück falscher Noten. Immer zu 100 Stück verpackt, wurden sie von Windisch-Grätz abgeholt und durch Agenten verteilt.

Streik

Komm, nimm die Flinte, Bruder!
Laß den Hammer stehen
Und das Eisen kühlen,
Die heut noch frohnen
Soll'n am eignen Leibe fühlen,
Daß wir nicht mehr
In Fron und Leibeigenschaft gehen.

Die Feuer lösch,
Und haut in alle Räder,
In alle Riemen,
Spannt die Stähle aus.
Wir machen aus dem sausenden Getriebe
Ein heiles Wimmern
Und ein Sterbehaus.

Nach dem 9. Januar

Die Verhaftungen begannen, der kranke Maxim Gorki wurde in die Peter-Pauls-Festung geworfen. Nur der flammende Protest der führenden Schriftsteller und Politiker Europas befreite ihn. Haufenweise wurden die Vorsitzenden und Sekretäre der Gapon-Vereine verhaftet. Alsbald waren alle Gefängnisse über alle Norm hinaus überfüllt. In den Einzelzellen waren mehrere Mann untergebracht.

Die Bestattung der Opfer des 9. Januar ging meist im geheimen vor sich. Die Polizei holte die Leichname nächtlicherweise aus den Polizeirevieren und Krankenhäusern und schaffte sie mit Wagen auf den Kirchhof. Aber einige von den Getöteten wurden unter gewaltigem Andrang der Bevölkerung bestattet. Ich selbst nahm an einem solchen Begräbnis hinter dem Newa-Tor teil. Der Kirchhof konnte die riesige Schar derjenigen, die dem getöteten Genossen das Geleit geben wollten, kaum fassen. Polizei, Kosaken und Gendarmen waren in großer Zahl aufgeboten. Das Begräbnis verlief ohne irgendwelche Zwischenfälle.

Die Arbeiterklasse, die sich für einige Tage dem Zauber eines heiden Märchens hingegeben hatte, erhielt einen furchtbaren Schlag. Voller Entschlossenheit warfen die Arbeiter überall die Frage auf: „Was ist jetzt zu tun?" Die einzige wahre Antwort erteilte die Russische Sozialdemokratische Partei. Alle Welt erinnerte sich jetzt jener Warnungen durch die Sozialdemokraten, denen man nicht Gehör schenken wollte, die man nicht zu Worte kommen ließ. Ansehen und Einfluß der Partei stiegen ganz gewaltig.

Die Antwort auf die Ereignisse waren Streiks und Unruhe in ganz Rußland. Der Zar stiftete aus „eigenen" Mitteln 50 000 Rubel für die Familien der Getöteten und Verwundeten. Es war bestimmt worden, daß diese Gelder durch die Polizei verteilt werden sollten. Darüber waren die Arbeiter auf das äußerste empört. Ich kenne viele Fälle, wo die Witwen und Waisen der Getöteten sich weigerten, einige Rubel vom Zaren anzunehmen, die sie für das Blut ihrer Nächsten entschädigen sollten.

Die Arbeiter, die am 9. Januar teilgenommen hatten, überschwemmten die Redaktion der „Roten Zeitung" mit Briefen. Ich bekam später Einblick in die Abschriften von vielen dieser Zuschriften. Einige waren voll von Trauer und einer eigenartigen Poesie, viele klangen wie die Beichte eines Menschen, dem das Entsetzen über das Durchlebte den Verstand geraubt hat. Die meisten Briefe aber zeigten deutlich das gewaltige Erstarken des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft, das durch die Salven der zaristischen Truppen geweckt worden war. Einer der am 9. Januar schwer verwundeten Arbeiter schrieb: „Als ich im Krankenhaus zur Besinnung kam, lachte mein Inneres vor Erbitterung auf, aber ich empfand auch Stolz darüber, daß wir zu etwas bestimmt sind und daß dies erst der Anfang unserer Bestimmung ist." Eine der Petersburger Gesellschaft angehörige Familie hatte einen kleinen Knaben zu sich genommen, den der 9. Januar als Waise zurückgelassen hatte, da sein Vater getötet wurde. Der Knabe fühlte sich in der ungewohnten Umgebung fremd, war niedergeschlagen, verkroch sich in die Ecke des Zimmers, saß dort stundenlang und weinte viel. Um ihn zu zerstreuen, kaufte man Spielzeug und darunter auch Zinnsoldaten. Als der Junge diese sah, fing er an zu schluchzen, hielt das Händchen vor die Augen und konnte nur durch Zeichen andeuten, daß man sie wegnehmen sollte. Sie erinnerten ihn an die Mörder seines Vaters.

Die führenden Kreise der Intelligenz hatten eine Sonderkommission der besten Juristen eingesetzt, die die Ereignisse des 9. Januar untersuchte und auf Grund der gesammelten unbestreitbaren Tatsachen einen Bericht ausarbeitete, der die völlige Barbarei des Verbrechens feststellte und die Urheberschaft mit Namen bezeichnete, ohne freilich den Hauptübeltäter, den Zaren selbst, zu erwähnen. Der Bericht wurde gedruckt und dem Senat übergeben, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Natürlich hatte die Sache keinerlei praktisches Ergebnis. Die Regierung tat ihr Möglichstes, um die revolutionäre Bewegung anzuschwärzen. Es wurde ein Telegramm veröffentlicht, wonach englisch-japanische Gelder, 15 Millionen Rubel, angewiesen und verteilt worden waren, um russische Revolutionäre zu kaufen. Diese Verleumdung griff sofort der „Heilige" oder, wie er besser genannt wurde, der „Heuchlerische Synod" auf, der in einem Sendschreiben über diese Frage sich an die Kinder der Kirche wandte.

(D. Swertschkoff. Im Morgenrot der Revolution.)

Betrüger von Gottes Gnaden.

„Wer setzte sich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preußische Krone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verliehen ist und nicht von Parlamenten, Volksabstimmungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als ausgewähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regentenrechte und Herrscherpflichten versehe . . . Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf die Tagesansichten und -Meinungen gehe auch ich meinen Weg."

Wilhelm II. in Königsberg (August 1910)

Karl Biro: Die ungarische Arbeiterbewegung seit dem Sturz der Räterepublik 1919—1925. Mit besonderer Berücksichtigung der letzten ungarischen Ereignisse. (130 Seiten. Preis brosch. 1 Mark, geb. 2 Mark. Verlag Carl Hymm Nachf., Hamburg 36, Berlin NW. 6.) Erscheint als Bd 8, der von uns herausgegebenen Schriftenreihe Int. Zeit- und Streitfragen. Die Broschüre erhält durch den blutigen Terror, den die jetzigen ungarischen Machthaber gegen die Arbeiterschaft des Landes ausüben, besondere Bedeutung. Sie enthält eine Abhandlung über den legitimen Aufbau der ungarischen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Ungarn. Sie zeigt den Leidensweg auf, den die ungarischen Arbeiter und Kommunisten, — von denen Genosse Rakosi, als einer der tapfersten und mutigsten, immer noch in den Klauen der Justiz täglich vom Tode bedroht ist, seit dem Sturz der Räudiktatur gingen. Sie zeigt uns an Hand der Fehler, die bei der Errichtung der Räudiktatur und ihrer Verteidigung gemacht wurden, und die dazu führten, daß die Arbeiter sie nicht halten konnten, wieder die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer und die Notwendigkeit einer geschlossenen, straff disziplinierten kommunistischen Partei, ohne die ein Erfolg einer revolutionären Aktion nicht denkbar ist. Jeder Arbeiter, der es mit der revolutionären Bewegung ernst meint, kann aus dem Inhalt des Bändchens eine Menge neuer Einsichten gewinnen und sollte